

4 BUNTER PROTEST STATT KAMPF GEGEN FASCHISTEN?

Berlin

6 "ES GIBT KEINE NAZIS IN HAMBURG"

Hamburg

8 WER AUF TIPICO SETZT, HAT FALSCH GEWETTET

Bremen

10 REBELLION AM WIELANDPLATZ

Thüringen

12 JAGD AUF AUSLÄNDER IN CHEMNITZ

BRD

14 ALLEINERZIEHEND UND ALLEIN GELASSEN

Frauen

16 GEBT UNS GENOSSE ERNESTO SERNAS LEBEND!

Welt

18 "AMTLICHE HELDEN" - PROPAGANDA FÜR DAS JOBCENTER

Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

seit der letzten Ausgabe der Roten Post haben vor allem die Ereignisse in Chemnitz die öffentliche Diskussion in der BRD bestimmt. Dass Faschisten in einer Stadt der BRD einen Tag lang ungestört von der Polizei Ausländer jagen können ist ein neues Ausmaß der Mobilisierung der faschistischen Kräfte. Vor allem der jetzt ehemalige Verfassungsschutzchef Maaßen hat mit seinen Aussagen über die Geschehnisse den Faschisten volle Rückendeckung gegeben. Doch mit seinen Aussagen ist er zu weit gegangen mit der Mobilisierung der faschistischen Kräfte in der BRD. Zum jetzigen Zeitpunkt passt dieses Ausmaß der Mobilisierung den Herrschenden in der BRD noch nicht. Das spiegelt sich auch in der „empörten“ Reaktion der SPD auf Maaßen wider. Denn das Hauptziel der deutschen Monopolbourgeoisie ist es immer zu verhindern, dass sich der Klassenkampf entwickelt. Es soll im Volk möglichst keine Reaktion auf die großen und kleinen Schweinereien geben, die sich die Herrschenden erlauben, damit keine größere Bewegung entsteht. Darum hat die SPD das Problem das Maaßen verursacht hat sozusagen „oben“ gelöst, so dass nichts von unten – aus dem Volk – kommt. Und so kam es auch zum üblichen Halmaspiel der bürgerlichen Politik und Maaßen wurde in eine andere Funktion verschoben, statt tatsächlich zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Doch die Ereignisse von Chemnitz haben unweigerlich ihre Auswirkungen auf den Klassenkampf in der BRD und das drückt sich auch in dieser Ausgabe der Roten Post aus. So gibt es nicht nur einen Artikel über die Ereignisse in Chemnitz und

die faschistische Mobilisierung dort, sondern auch aus gleich zwei Städten – Hamburg und Berlin – Artikel über Aktivitäten von Faschisten.

International geht es diesmal um Mexiko, wo der Genosse Ernesto Sernas Garcia vom alten mexikanischen Staat im Mai verschwunden gelassen wurde. Am 30. August – der Tag der Verschwundenen – riefen darum mexikanische Genossen eine internationale Kampagne für die lebendige Herausgabe von Ernesto Sernas Garcia aus. Bilder von Aktionen auf der ganzen Welt wollen wir darum hier schon präsentieren. Auch rufen wir dazu auf die Kampagne der mexikanischen Genossen zu unterstützen, wenn ihr etwas gemacht habt könnt ihr gerne Bilder davon an rotepost@gmx.de schicken.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

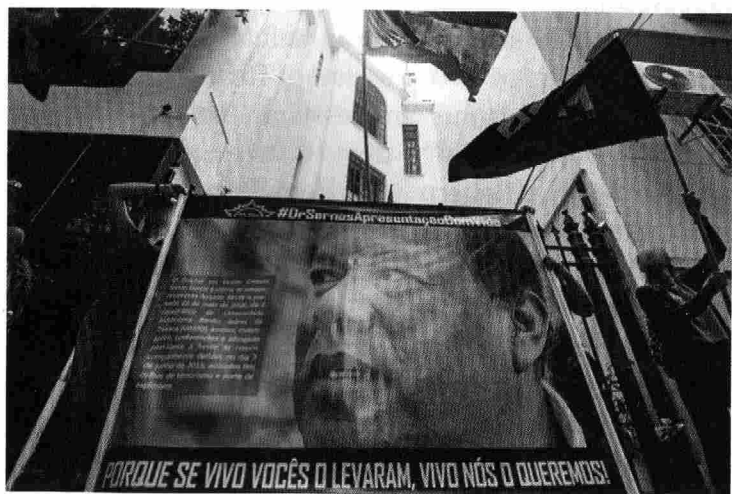
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.



Graffiti in Schweden



Demonstration in Mexiko



Kundgebung vor dem mexikanischen Konsulat in Rio de Janeiro



'Transparent auf der Demonstration gegen das neue Polizeigesetz in Hannover



Demonstration in Ecuador

BUNTER PROTEST STATT KAMPF GEGEN FASCHISTEN?

Am 18. August, einem Samstag, sollte in Berlin der jährliche Gedenktag für den Erzreaktionär, Arbeiterfeind und Faschisten Rudolf Heß abgehalten werden. Letztes Jahr hatte Andreas Geisel (SPD), Senator für Inneres, zu einem gewünschten Verbot gesagt: „Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gelte leider auch für Arschlöcher“, diesem Motto treu bleibend haben die unterschiedlichsten bürgerlichen Kräfte den Marsch zwar verurteilt, aber nicht wirklich versucht ihn zu verhindern, sondern mit ihrem scheinbaren Protest sogar mit dazu beigetragen, dass er durchgeführt werden konnte. Auch die Polizei hat ihren Teil dazu beigetragen, so schrieb die Polizei Berlin über Twitter: „Unsere Kolleg. schützen jede Versammlung auch gegen Störungen, unabhängig von ihrem Thema. Das garantiert das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.“ Auch wenn sie vorher gesagt haben: „Jede Verherrlichung von Heß ist untersagt und jegliche Uniform verboten“ hat die Polizei nicht mal den Anschein der Bemühung gemacht diese Auflage ansatzweise durchzusetzen. Der 18. August hat nochmal sehr deutlich gezeigt, dass diese sogenannte freiheitlich-demokratische Grundordnung, das bürgerliche Grundgesetz, das Gesetz der Herrschenden ist und nicht unseres. Es gilt auch nur für die Bourgeoisie, aber nicht für das Proletariat. Außerdem hat die Bourgeoisie einen großen Nutzen von den Faschisten, denn sie spalten die Arbeiterklasse und entgegen ihren Lügen wollen sie nicht etwas Neues, sondern das Alte aufrechterhalten. Deswegen lassen sie zu, dass sich die faschistische Bewegung entwickelt und unterstützen diesen Prozess. Während sie jede revolutionäre und proletarische Bewegung versuchen schon im Keim und mit härtester Repression zu ersticken. Dabei zertrampeln sie ihre „demokratischen“ Rechte und Gesetze, wie man unter anderem sehr deutlich bei G20 und der anschließenden Hexenjagd gegen Revolutionäre und kämpfende Massen erlebt hat und weiterhin erlebt.

Geschützt von der Polizei huldigten die Faschisten also Rudolf Heß. Er war der Sohn eines Firmenbesitzers, wurde sehr schnell zum Stellvertreter Hitlers ernannt und wurde 1941 als Kriegsverbrecher von den Briten gefangen genommen. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er dann zu lebenslanger Haft verurteilt und kam in das Kriegsgefängnis in Berlin-Spandau. Schon während der Kriegsgefangenschaft und während

seiner Haft hat er mindestens vier Mal versucht sich aus Angst das Leben zu nehmen, doch erst 1987 ist es ihm gelungen sich erfolgreich zu erhängen. Zunächst hatte die NPD nur geplant ihre Gedenkdemo entlang dieses abgerissenen Kriegsgefängnisses in Spandau abzuhalten, aber diese wurde ihnen vom bürgerlichen Staat verboten und eine andere Route in Spandau vorgegeben. Zusätzlich zur Demo in Spandau hatten die Faschisten „kurzfristig“ aber auch noch eine weitere Demo noch vor dem Wochenende des 18. Augusts angemeldet, diese sollte durch Friedrichshain nach Lichtenberg führen. Auch wenn die Medien da von kurzfristig gesprochen haben, war es noch vor dem Wochenende und es hätte also jedem klar sein müssen, dass die Faschisten eine Ausweichroute haben wenn es in Spandau nicht klappen sollte.

Natürlich stellt sich hier unmittelbar die Frage, warum sich die Arbeiter überhaupt für den Kampf gegen den Faschismus interessieren sollten. Die Faschisten versuchen die Klassengegensätze zwischen den Arbeitern und dem Bürgertum zu verwischen. Sie tun also so, als ob die Arbeiter genau die gleichen Interessen hätten wie zum Beispiel ein Firmenbesitzer. Aber das ist natürlich quatsch. Während sich Arbeiter tagtäglich den Arsch aufreißen müssen um durch den Monat zu kommen, muss sich der Firmenbesitzer eher darum Gedanken machen ob sein fünftes Auto ein BMW oder ein Mercedes sein wird und darüber wie er die Arbeiter mehr unbezahlte Arbeit machen lässt, um mehr Profit zu machen. Wenn Faschisten also für eine Nation skandieren, verschleiern sie völlig, dass es innerhalb einer Nation verschiedene Klassen gibt. Ein deutscher Arbeiter hat mit einem arabischen oder polnischen Arbeiter viel mehr gemeinsam als mit einem deutschem Firmenbesitzer. Genau deswegen müssen wir kämpfen. Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Arbeiterklasse nach Nationalitäten gespalten wird und wir somit gegeneinander aufgehetzt werden, deshalb ist es für die Arbeiter besonders wichtig sich am antifaschistischen Kampf zu beteiligen!

Zurück zum besagten Samstag. Im Vorfeld, anscheinend Freitagnacht, haben die Faschisten Hakenkreuze an eine Flüchtlingsunterkunft gesprayt. Am Samstag selbst gab es dann einen „bunten Protest“ gegen die Demo der Faschisten. Der

Protest wurde vor allem von Autonomen getragen, von selbsternannten Revolutionären, von den bürgerlichen Parteien (Linke, Grüne, SPD, sogar der CDU), von den Gewerkschaften, den Kirchen und von anderen Kräften. Die größte Konzentration lag in Spandau, auf dem sogenannten Demokratiefest unter dem Motto „Kein Platz für Nazis“, welches in der Öffentlichkeit durch den Bürgermeister Berlins, Michael Müller (SPD) und Bundesfamilienministerin, Franziska Giffey (SPD) unterstützt wurde. Rund 3000 Menschen haben sich daran beteiligt und haben gejubelt, dass nur 50 Faschisten gekommen seien. Kurz nach Mittag wurde die Demo der Faschisten in Spandau dann auch schon wieder aufgelöst. Dass nur so wenig hingekommen waren in der Kombination mit der frühzeitigen Auflösung wurde sehr voreilig als großartiger Sieg der Demokratie gefeiert. Die Faschisten wurden dann aber von der Polizei zum Alexanderplatz eskortiert, wo sich bereits ca. 500 Faschisten versammelten, um die Route vom Alexanderplatz zur Landsberger Allee zu laufen, also durch Friedrichshain, mitten durch das „Hippe Szeneviertel“.

Währenddessen wurden die Gegendemonstranten teilweise von der Abreise aus Spandau abgehalten, da Bahnhöfe großräumig abgesperrt wurden. Einige Gruppen konnten, zum Glück, schnell eine Entscheidung treffen und kamen noch rechtzeitig aus Spandau weg. In den sozialen Medien, wie Twitter, wurde sich zwar heftig darüber aufgeregt, dass die Bullen alles dicht gemacht haben und es gab auch kleinere Rangeleien mit der Polizei, aber es gab keinen ernsthaften Versuch durchzubrechen. Es fehlte an entschlossenen Kräften. Es gab keine fortschrittliche Organisation, die den Protest führen konnte.



Auf der neuen Route wurden die Faschisten von einer großen Polizeipräsenz durch die Straßen eskortiert und wurden größtenteils nur durch Rufe, Musik und Sitzblockaden gestört. Die Rufe und Musik bringen aber praktisch gesehen nichts gegen Faschisten, denn die können es einfach ignorieren und die meisten Sitzblockaden wurden so schnell aufgelöst, dass diese kaum einen Nutzen hatten. Am Rande der Route wurden immer wieder mal Journalisten von Faschisten bedroht und einige Hitlergrüße gezeigt, natürlich ohne, dass es die Polizei groß interessierte. Immerhin ging es der Polizei ja nur darum die Demo durchzubringen. Nichtsdestotrotz gab es auch militante Aktionen gegen Faschisten, Aktionen die nicht nur symbolisch, sondern auch praktisch sind. In der Landsberger Allee wurden die Faschisten vereinzelt von Antifaschisten angegriffen. Diese Angriffe haben zwar die Demo nicht aufgehalten und schon gar nicht zerschlagen können, aber sie haben dafür gesorgt, dass die Faschisten gemerkt haben, dass sie nicht einfach ungestört marschieren können. Des weiteren haben sie in der Praxis bewiesen, dass es möglich ist Angriffe, trotz der ganzen Bullen die da waren um die Faschisten zu beschützen, durchzuführen. Wenn Angriffe möglich sind, wenn sie unorganisiert durchgeführt werden können, zeigt es uns, dass organisierte Angriffe umso mehr Schlagkraft haben würden. Im Endeffekt konnten die Faschisten also ihre Gedenkveranstaltung für den faschistischen Verbrecher, Rudolf Heß, einigermaßen ungestört zu Ende bringen.

Immer wenn Faschisten demonstrieren gibt es auch Gegenwehr, aber oft ist diese nur symbolisch, nicht militant, nicht revolutionär und nicht klassenbewusst. Faschisten anzugreifen und sich gegen sie zu Wehr zu stellen ist in jedem Fall richtig, aber es wird dazu leider oft die falsche Form gewählt. Das spaltet und befriedet den Kampf. Das hat sich am 18. August, wiedereinmal bestätigt und zeigt sich bei den Ereignissen in Chemnitz und Köthen ebenfalls. Was wir brauchen sind keine bürgerlichen Parteien und keine Kirchen, sondern Arbeiter und Arbeiterinnen die sich organisieren und sich den Faschisten stellen. Nur eine Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, kann die Organisation sein die die Faschisten, entschlossen, aufs Härteste und konsequent bekämpft. Die Kommunisten haben, im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, keine Angst die Wahrheit zu sagen, zu sagen dass die Arbeiter kein Vaterland haben. •

„ES GIBT KEINE NAZIS IN HAMBURG“

Diese Erklärung, die man teilweise von verschiedenen Antifa-Gruppierungen oder „linken“ Jugendlichen in Hamburg hört, oder außerhalb Hamburgs behauptet wird, ist ein Problem, welches eine gefährliche Verallgemeinerung mit sich bringt.

Was stimmt ist, dass es in Hamburg eine große Mehrheit von antifaschistisch eingestellten Menschen gibt, was sowohl in den Aktivitäten und der Propaganda auf den Straßen, als auch der Beteiligung an Demonstrationen und Kundgebungen ersichtlich ist. Das beste Beispiel ist die letzte sogenannte „Merkel muss weg“-Kundgebung, die nach mehrmonatiger Pause im Zuge der Vorfälle in Chemnitz (worauf in einem anderen Artikel eingegangen wird) wieder aufgenommen werden sollte. Wurde bei der Anmeldung vom rechten Pack noch über 500 Teilnehmer gesprochen, hat sich in der Praxis doch gezeigt, wie viel Luft in ihrem Gerede steckt. Die bürgerliche Presse schreibt von 178 Teilnehmern der Kundgebung (wobei nicht klar ist, wie viel und welche Art von Polizei hier mitgezählt wurde). Gleichzeitig sind über 10.000 Menschen auf der Gegendemonstration gewesen – auf den vorherigen Gegendemonstrationen waren es um die 1000.

In Hamburg ist es für Faschisten auch nur selten möglich offen als solche aufzutreten und nicht sofort eine angemessene Reaktion zu erleben. Nicht wie zuletzt aus verschiedenen Orten in Sachsen durch die bürgerliche Presse „enthüllt“, wo es für die

Faschisten normal ist, sich mit Hitlergruß auf der Straße zu begrüßen, eine Sache, die auch kein Problem von Orten in Sachsen alleine ist. Für Jugendliche stellt sich in Hamburg nicht die Frage, ob man offen als Antifaschist auftritt, weil man dann schnell mal auf dem Heimweg abgefangen und verprügelt oder zuhause besucht wird. So ist aber die Normalität in vielen, gerade kleineren Städten in der BRD ist.

Diese Punkte bedeuten aber nicht, dass es keine Faschisten in Hamburg gibt. Ganz im Gegenteil. Jedoch sind die Aktivitäten und das Auftreten von ihnen ein völlig anderes als in anderen Regionen. Wenn Faschisten in Hamburg Arbeit entwickeln wollen, dann müssen sie das organisiert und versteckt tun. Genau das machen sie auch. Wenn man sich nicht nur an der Uni und in der Schanze oder anderen „Szene“-Vierteln aufhält, dann ist die Präsenz der Faschisten auch spürbar.

Nicht nur in den umliegenden Orten wie Pinneberg oder Glinde, wo in letzterem über Jahre ein Thor Steinar Shop betrieben wurde, was bis auf sehr vereinzelte Aktionen von der Hamburger „Szene“ einfach ignoriert wurde. Sondern auch in unseren Vierteln, in denen die tiefsten und breitesten Massen leben ist dieses Pack aktiv. Dazu einige Beispiele aus der letzten Zeit:

In Steilshoop/Barmbek werden in mehreren Straßenzügen regelmäßig Stromkästen und andere Flächen mit Parolen der „Identitären Bewegung“ (IB) beschmiert. Auch wenn dort verschiedene antifaschistische Kräfte unterwegs sind, tauchen diese doch immer wieder auf. Etwas tiefer im kleinbürgerlichen Barmbek war es den Faschisten sogar möglich einen weiteren Thor Steinar Shop aufzumachen, welcher aber nach wenigen Wochen durch breiten Protest und Aktionen wieder abziehen musste. In Barmbek gibt es auch Wände mit Parolen der „Weiße Wölfe Terror Crew“ und U-Bahnbrücken, die regelmäßig rechte Parolen tragen.

In Marienthal wurde in den letzten Jahren durch die IB mehrmals eine Aktion mit Transparenten an Autobahnbrücken durchgeführt, in denen sie Parolen



10.000 gegen faschistische Kundgebung in Hamburg



Naziladen in Hamburg

wie „wehr dich, es ist dein Land“ und anderen Dreck an drei aufeinander folgende Brücken hängte.

In einzelnen Vierteln im Osten Hamburgs sind bis heute Parolen zu finden, die zur Teilnahme am „Tag der Deutschen Zukunft“ aufrufen, der 2012 in Hamburg durchgeführt werden sollte und durch gute Initiativen und Aktionen bekämpft wurde. In Vierteln, in denen revolutionäre Propaganda in kürzester Zeit von der stadteigenen SAGA entfernt wird.

Erst kürzlich wurde an die noch nicht eröffnete Moschee in Horn, zu der die ehemalige Kapernaum-Kirche umgebaut wurde, Parolen wie „Deutschland den deutschen“ (Rechtschreibfehler im Original) gesprüht. Im gleichen Viertel tauchen auch Sticker der IB auf, dort fanden sich auch Aufrufe zur Teilnahme an der erneuten „Merkel muss weg“ Kundgebung mit einem Hinweis auf den kommenden „Tag der Deutschen Einheit“.

Ein ehemaliger NPD-Kandidat und Mitbegründer einer rechten Burschenschaft, Jochen Schmutzler, ist Lehrer an einer Hamburger Grundschule. Das, obwohl es sowohl der Stadt als auch der Schulbehörde bekannt ist. Jochen Schmutzler wurde schon von mindestens zwei Schulen versetzt, so war er bis 2007 Lehrer an einer katholischen Schule in Farmsen und bis 2017 Lehrer an der staatlichen Grundschule Hohe Landwehr. Seine Frau, Karin Schmutzler, ebenfalls Lehrerin in Hamburg, bis sie 2007 in den Innendienst versetzt wurde, hat zusammen mit ihm Kontakte und Mitgliedschaften in verschiedenen faschistischen

Strukturen, so engagierte sie sich für die „Heimattreue Deutsche Jugend“, eine Nachfolgeorganisation der „Wiking-Jugend“. Ein Sohn der beiden, Friedrich Wilhelm Schmutzler, ist Mitglied der von seinem Vater gegründeten „Pennalen Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“ und beteiligt sich an den Propagandaaktionen der IB, wie beispielsweise bei der letztjährigen Besetzung des Brandenburger Tors in Berlin.

In Hamm vertrieb Ole Sören Timm in einem Geschäft für Nahrungsergänzungsmittel und Sportnahrung auch Klamotten der Marke „Kampfkraft“, die „eine Marke für nationalbewusste Deutsche“ ist. Nach einer Flyerkampagne von Antifaschisten im Viertel wurde sich diesem Laden angenommen, woraufhin er mittlerweile leer steht.

Mit dem letzten Beispiel ist auch klar, dass die Faschisten nicht unbehelligt bleiben. Dieser Artikel soll keine Schwarzmalerei betreiben, sondern die Wachsamkeit der Leser erhalten. Es ist nun mal nicht so, dass es in Hamburg keine Faschisten gibt, oder sich „schon irgendwer drum kümmert“. Ja, natürlich gibt es eine Menge Antifaschisten, die auch eine gute Arbeit entwickeln, wie es zum Beispiel auch in Steilshoop zu sehen ist. Aber die gezeigten Fälle zeigen wieder einmal, dass diejenigen, die gegen Faschisten kämpfen und diese Brut einmachen nicht der Staat ist und niemals sein wird. Nicht nur in Sachsen sind die Bullen Mörder und Faschisten. Nicht nur in Sachsen ist der Staat „auf dem rechten Auge blind“ - das heißt, er unterstützt die faschistischen Kräfte.

Teilweise sieht man in Arbeitervierteln über Wochen Plakate der AfD hängen, ohne dass jemand die Initiative ergreift und den Dreck entsorgt. Im Allgemeinen ist es erschreckend, wie viele Wahlplakate verschiedener Parteien unbeschädigt die Straßenränder säumen – aber in einer Stadt, in der von vielen behauptet wird, dass den Faschisten kein Fußbreit gelassen wird, ist es doch wahrlich merkwürdig, dass die Plakate der AfD überhaupt erst aufgehängt werden können.

Wie bereits gesagt, es ist genau so wie der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung selbst, es kümmert sich nicht „irgendwer“ darum, es ist notwendig selbst aktiv zu werden. •

WER AUF TIPICO SETZT, HAT FALSCH GEWETTET

Geldprobleme gehören für die allermeisten Arbeiter zum Leben dazu. Wir müssen genau einteilen wann wir uns mal „etwas leisten“ können und etwas Banales wie ein kleiner Urlaub oder eine Autoreparatur kann schon mal zu einem großen Problem werden. Auf jeden Fall würde sich niemand von uns über mehr Geld beschweren.

Und genau an dieser Stelle lockt das Glücksspiel mit großen Gewinnen. Warum soll es denn nicht auch mal klappen können? Das große Los – nur einmal richtig tippen – und schon sind die Geldsorgen für immer erledigt, oder es ist zumindest mal für eine kleine Anschaffung oder einen Urlaub gesorgt. Ja, ganz vielleicht klappt es ja. Nichtsdestotrotz ist es sprichwörtlich wahrscheinlicher Präsident der USA zu werden als den berühmten 6er im Lotto zu ziehen (Präsident werden: 1 zu 10.000.000, 6er im Lotto: 1 zu 140.000.000). Und natürlich sind blinkende Merkurautomaten dafür gemacht, dass man mehr Geld reinsteckt als man rausbekommt. Das ist kein Geheimnis.

Aber bei Fußballwetten, oder Sportwetten im Allgemeinen, da gelten die Regeln des Sports, nicht die der Merkursonne – da wird man doch nicht verarscht, oder? Wenn man sich eh schon seit Jahrzehnten mit seinen Freunden jedes Wochenende zum Fußball gucken in der Kneipe trifft und gefühlt der absolute Fußballexperte ist, dann wird es ja wohl möglich sein mit dem ganzen Kram ein bisschen Kohle zu machen. Und wenn dann auch noch deutsche Fußballlegenden wie Oliver Kahn Werbung dafür machen und den Erfolg versprechen, dann muss es ja ein bisschen seriös sein und wirklich klappen können. Denn wer kennt sich schon mit Fußball aus, wenn nicht Oliver Kahn?!

Aber die Illusion davon, möglicherweise gleich fünf oder sechs Fußballspiele auf einmal richtig zu tippen und damit seinen geringen Lohn einfach mal zu verdoppeln, bleibt eben genau das – eine Illusion.

Immer mehr dieser Wettbüros eröffnen und das natürlich besonderes in den Arbeitervierteln. Wenn man beispielsweise mit der Straßenbahn Linie 1 durch die Arbeiterviertel des Bremer Ostens fährt merkt

man es. Entlang der Strecke reiht sich ein Wettbüro an das Nächste. Nicht großartig anders ist es an den zentralen Orten Gröpelingens, wie der Kreuzung Gröpelinger Heerstraße/ Lindenhofstraße. Auch hier sind die verschiedenen Wettbüro-Ketten häufig sogar Nachbarn. Im Großen und Ganzen ist die Stadt voll mit Wettbüros oder zumindest den Automaten von X-Tip und co., die mittlerweile gefühlt in jedem zweiten Kiosk stehen. Somit hat man auch so gut wie an jeder Ecke die Möglichkeit sein hart erarbeitetes Geld zu verzocken. Und nichts anderes macht man, wenn man auf Sportwetten setzt. Tipico, X-Tip, B-win und Konsorten machen nichts anderes, als den Leuten unserer Klasse, denjenigen die unter diesem kaputten System am meisten zu leiden haben, das schwer verdiente Geld wieder aus den Taschen zu ziehen. Und das mit ihren leeren Versprechungen und der Illusion vom großen Geld.

Um das alles mal zu veranschaulichen: der Umsatz, der in der BRD nur durch Sportwetten jährlich erreicht wird, liegt bei mittlerweile 4 Milliarden Euro (der Umsatz durch Glücksspiel generell liegt sogar bei 9,4 Milliarden Euro jährlich). Und dieses Geld kommt genau aus den Taschen unserer Kollegen, aus den Taschen der Arbeiter die auf ein etwas besseres Leben hoffen.

Und wenn sich die Glücksspiel-Bonzen mit diesem ganzen Mist dumm und dämlich verdienen, können die ganzen Automaten, Sportwettenscheine usw. nicht wirklich viel Geld ausgezahlt haben. Sonst würde wohl jeder von uns den ein oder anderen Sportwetten-Millionär kennen. Doch stattdessen klagen die meisten nur darüber, wie viel Geld sie schon wieder verzockt haben.

Zur Zeit gibt es in der Bremer Vahr entlang der Linie 1 gerade die Entwicklung, dass Kneipen für die Glücksspiel- und Abzockerläden weichen müssen. Gleich zwei Kneipen, von denen es in mindestens einer möglich war auch die Spiele von Werder Bremen zu schauen, werden jetzt durch die Wettbüros ersetzt bzw. wurden stark verkleinert. Wo man vorher entspannt Fußball gucken und verhältnismäßig günstig sein Bier trinken konnte,

muss man jetzt um Spiele verfolgen zu können einen Wettschein machen und sich sein Geld aus den Taschen ziehen lassen. Und auch anderswo ist die einzige Option sich Fußballspiele anzuschauen oft nur noch bei den Sportwettenparasiten gegeben, die ihr Geld mit der Abhängigkeit und dem Geld anderer Leute machen. Denn auch viele kleinere Kneipen können sich die Preise von Sky oder den anderen Plattformen, auf denen Fußball gezeigt wird nicht mehr leisten, sodass viele Kneipen keine Spiele mehr ausstrahlen können und die Leute mehr und mehr in die Wettbüros getrieben werden.

Somit ist es auch kein Zufall, dass ausgerechnet die Arbeiterviertel mit Tipico und co. so voll gestopft sind und werden. Die Ausbeuter wissen ganz genau wer in Not ist und wer ein paar Euros mehr auf dem Konto gut gebrauchen könnte. Und so nutzen sie die Not unserer Klasse schamlos aus.

Was noch dazu kommt ist, dass man seit einigen Jahren gar nicht mehr in eines ihrer Geschäfte gehen muss, um sein Geld weg zu werfen. Heute kann man sich einfach die Tipico App runter laden, sich sein Konto erstellen und ganz einfach übers Smartphone wetten und wetten und wetten bis das Konto wieder auf null steht. So kann auch die faulste Couch-Kartoffel nun sein Geld an diese Schweine abdrücken, in der Hoffnung auf ein paar Sorgen weniger.

Doch die Sportwettenschuppen in unseren Vierteln bringen auch noch andere Probleme mit sich. Häufig haben irgendwelche Lumpen wie Drogendealer auch mit diesen Läden zu tun und nutzen diese als Ort für ihre Geldmachereien. Diese Läden ziehen oft einen ganzen Haufen dieser Gestalten an. In Gröpelingen nahe der Kreuzung zur Lindenhofstraße ist das

besonders deutlich, aber es ist sicherlich nicht der einzige Ort in Bremen wo es so ist. Und auch wenn nicht offen Drogen aus einem dieser Läden heraus verkauft werden, fungieren sie doch häufig als Dreh- und Angelpunkte der Drogengeschäfte auf der Straße. So können sich auch Dealer ein regelrechtes logistisches Netz mit den Sportwettenläden in den Arbeitervierteln aufbauen und ihr Geschäft so weiter voran treiben und ausbauen. Falls die Läden nicht sowieso direkt von den Banden betrieben werden, die in solche Schweinereien verwickelt sind. Unsere Klasse braucht keine Drogen, die sie noch mehr kaputt machen als es das Leben in diesem System sowieso schon macht. Und schon gar nicht brauchen wir irgendwelche Schweine, die mit dem Leid unserer Klasse ihr Geld machen, egal ob das nun die Sportwetten-Bonzen oder irgendwelche Drogendealer sind, die uns zu Abhängigen machen, nur weil sie sich auf die einfache Tour ein paar Euro verdienen wollen, statt wie es in der Arbeiterklasse normal ist, zu arbeiten.

Ein besseres Leben wird die Arbeiterklasse aber niemals in diesem System finden und schon gar nicht auf einem Tippschein. Denn das Glücksspiel und die Sportwetten sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Was wir tun müssen, ist die Sache selbst in die Hand zu nehmen und uns als eine Klasse zu wehren, als eine Klasse zu kämpfen gegen die Ausbeuter und Unterdrücker, gegen diejenigen, die ihren Reichtum aus unserem Leid ziehen. Nur durch diesen vereinten Kampf werden wir uns befreien von all unserer Not und von all unserem Leid. Deshalb lasst es euer Geld für so einen Mist rauszuwerfen und kämpft als eine Klasse und für eure Befreiung, die Befreiung der Menschheit. Denn nur gemeinsam können wir etwas verändern und unsere eigene Geschichte schreiben. •



AUCH AM WIELANDPLATZ IST DIE REBELLION GERECHTFERTIGT!

Wie im vergangenen Artikel aus Thüringen angekündigt, möchten wir uns dieses Mal mit einem Beispiel beschäftigen, das die Widersprüche einer „Kulturstadt“ ein wenig näher beleuchtet. Dies soll anhand eines in der städtischen Öffentlichkeit häufig diskutierten Themas passieren, dem Wielandplatz, laut Süddeutscher Zeitung ein Ort „Wo Weimar ein bisschen wild ist“.

Der Wielandplatz, ein Platz am südlichen Ende der Innenstadt, sorgt schon seit Längerem für Aufregung. Je nach Wetterlage und Jahreszeit sind dort, vor allem am Abend, mal mehr - mal weniger Menschen auf dem Platz. Einzelne Grüppchen, die sich unterhalten, Getränke zu sich nehmen und auch mal Musik hören. Andererseits passieren dort aber auch angebliche Böllerwürfe, Rudelbildung, Schlägereien, Beschwerden wegen Ruhestörung und daraus folgende Polizeieinsätze - so der Ruf des Platzes in der bürgerlichen „Öffentlichkeit“. Doch wie konnte es in einer „Kulturstadt“, wie Weimar eine sein soll, nur zu solch „wildem“ Verhältnissen kommen? Beginnen wir am Anfang der Geschichte:

Vor der Umgestaltung des Wielandplatzes in den Jahren 2013 bis 2014 war dieser ein heruntergekommenes Areal, das kaum jemand nutzte. Dem Anspruch eines tourismusfreundlichen Ortes, der Weimar gerne sein möchte, entsprach der Platz wohl kaum. Für Besucher unansehnlich und daher für die Tourismusindustrie eine Art Schandfleck, der nach Veränderung schrie. Daher wurde durch die Stadt Weimar, in Form des „Bau-, Grünflächen- und Umweltamtes“, die Umgestaltung des Platzes auf die Agenda gesetzt: „Der Wielandplatz und die angrenzende Steubenstraße sollten ihrer Bedeutung als Einfallstor zur Altstadt angepasst werden.“ Die Lokalpresse schrieb sogar: „In seiner neuen Gestaltung kann der Wielandplatz zu einer Oase werden. Wieland-Denkmal und Brunnen werden ihn dominieren. Rundbänke am Brunnen bieten – mit dem Rücken zum Verkehr – Platz zum Innehalten. „Die Aufenthaltsqualität verbessert sich deutlich“, ist sich Thomas Bleicher [Leiter des auftraggebenden Bau- Grünflächen und Umweltamts] sicher.“ Der Umbau war der Stadt dann auch mal Ausgaben von 3,5 Mio. Euro wert. Um kurz auf unseren vorherigen

Artikel zu verweisen: die Stadt hat im Jahr gerade einmal 20.000 € dafür übrig hungrigen Schulkindern ein Frühstück bereitzustellen. Die Idee, aus einem hässlichen Platz einen schönen zu machen, klingt in der Theorie ja erst einmal gar nicht so schlecht. Es sollte ein Ort geschaffen werden, an dem sich Menschen gerne aufhalten.

Wer aber soll durch dieses Tor in die Stadt „einfallen“? Es liegt nahe, dass mit den „Einfallenden“ die zahlreichen Touristen gemeint sind, die Tag für Tag durch die Stadt getrieben und über den Wielandplatz in die Altstadt geleitet werden sollen. Dort sollen sie dann die lokale Wirtschaft ankurbeln; in bonzigen Eiscafés – in denen zum Teil grauenhafte Arbeitsbedingungen herrschen –, dem für proletarische Familien zu teuren Nationaltheater oder in den anderen unzähligen Kulturangeboten und überkauften Läden. Was sich die Stadt so nicht gedacht hatte: durch die „verbesserte Aufenthaltsqualität“ und den direkt am Platz befindlichen Lebensmittelmarkt, der die Funktion des einzigen „Spätis“ in der Nähe einnimmt, lassen sich dort vor allem im Sommer auch gerne jüngere Menschen nieder, um unter freiem Himmel zusammenzusitzen, zu quatschen oder auch das ein oder andere Getränk zu trinken. All das scheint der Stadt damals nicht in den Sinn gekommen zu sein.

Das Problem daran? Wie schon an anderen Orten mit Innenstadtnähe sind dort Jugendliche, die in der Dämmerung herumsitzen, Grund für öffentliche Erregung. Weniger bei den vorwiegend studentischen Anwohnern, die den Platz selbst viel nutzen, sondern bei dem umliegenden Teil der lokalen Tourismusindustrie – im Speziellen bei den angrenzenden Hotels. Obwohl sich hier immer wieder darüber beschwert wird, dass junge Leute nach ihrer schulischen, beruflichen oder universitären Ausbildung die Gegend verlassen und in die Großstädte ziehen, wird auf der anderen Seite auch immer wieder klar gemacht, wessen Interessen wirklich zählen: die Profitinteressen der lokalen Tourismusindustrie und nicht die der vorwiegend jungen Menschen, die in dieser Stadt leben und den Platz nutzen wie sie möchten. Versteht uns nicht falsch: es gibt sicherlich schlechtere Orte zum

Aufwachsen und Altwerden, aber man merkt nicht nur am Fall des Wielandplatzes, dass alle Leute dazwischen irgendwie gar nicht richtig zählen. Aber bevor wird uns zwischen den verschiedenen Interessen verlieren, betrachten wir lieber wie mit der Situation umgegangen wird.

Im Verlauf des Sommers wurde vermehrt am Wielandplatz rumgegangen. Der Lautstärkepegel kann da besonders in den lauen Nächten ein wenig ansteigen. Vielleicht wurden dann auch bereits ein paar Getränke getrunken und leise zu sprechen oder gar zu flüstern fällt schwerer. Das Resultat: bereits seit Anfang des Sommers ist die Polizeipräsenz – besonders am Abend – spürbar erhöht. Alle 5 bis 10 Minuten fährt eine Bullenkarre vorbei. Dies steigerte sich insofern, dass die Bullen sogar anfangen die Jugendlichen am Platz aktiv zu stressen. Beispielsweise indem sie Musikanlagen klauten, Personalien aufnahmen und Ordnungswidrigkeitsanzeigen bzw. Platzverweise verteilten. Wäre es hierbei bei einem einmaligen Ereignis geblieben, hätte sich die Stimmung vermutlich bereits abgekühlt. Bullen und Stadt hatten jedoch kein Interesse an einer Deeskalation, sondern an einem Wielandplatz, der nur von Touristen genutzt wird. Schließlich lassen die mehr Geld in der städtischen Wirtschaft, als die am „Wieland“ sitzenden jungen Menschen. So wurde die Eskalation mit einer gewissen Kontinuität und einigen Höhepunkten weiter vorangetrieben. Es blieb also nicht bei unzähligen unnötigen Personenkontrollen, nervigen Diskussionen und dem Diebstahl von Musikanlagen, sondern es kam auch zu gewalttätigen Übergriffen der Bullen. Dabei ist hervorzuheben, dass es durchaus Widerstand und einen erfolgreichen Versuch gab, einen körperlichen Angriff der Bullen zu beantworten: durch das solidarische Handeln vieler rebellischer Jugendlichen, welche die Cops zu ihrer Karre zurückdrängen und diese zum taktischen Rückzug zwingen konnten. Seitdem sieht man seltener einzelne Bullenkarrenbesatzungen am „Wieland“ aussteigen, sondern – wenn überhaupt – mehrere. Insbesondere zu Beginn der Semester- und

Sommerferien verschärfte sich die Situation nochmals, da es nun auch unter der Woche dazu kam, dass 100 bis 150 Jugendliche und junge Erwachsene den Platz als Treffpunkt nutzten und ihren „Urlaub“ dort verbrachten. Der Ärger der Hotels und der Stadt entflammte erneut. Es wurde sich von Seiten der Bullen das optimistische Ziel gesetzt, eine Zeit lang jeden zweiten Tag am „Wieland“ aufzukreuzen, rumzustressen und Platzverweise zu verteilen. Stillschweigend, wie diese Idee bei den Bullen aufkam, wurde sie auch genau so still – vielleicht durch das Zähneknirschen der Cops unterbrochen – wieder verworfen. Es wurde nach wenigen Wochen erkannt, dass auch diese Strategie nichts bringt und die kostenintensiven Schikanen wurden eingestellt. Zu viele Schergen von Polizei und Ordnungsamt waren notwendig, um sich durchzusetzen. Und trotz ständiger Platzverweise sammelten sich die Jugendlichen wieder und wieder zum abendlichen Ritual – dem „Rumcornern“ am „Wieland“. Die Stadtverwaltung provozierte zu dieser Zeit aber weiter. Mit Schildern, auf denen auf die öffentliche Ordnung, die nächtlichen Ruhezeiten sowie auf Alkohol- und Drogenkonsum hingewiesen wurde. Der Wielandplatz wurde so zum ausgeschilderten Gefahrengelände, obwohl die Einzigen, die sich an der Situation störten, Hotels (und Gäste) sowie die Filiale einer Bäckerkette sind, deren Außenmöbel zu Abendzeiten regelmäßig kollektiviert wurden. Inzwischen sind diese abgebaut und auch die Schilder sucht man vergeblich. Man erzählt sich, dass sie von rebellischen Jugendlichen abgepackelt wurden.

Der Kampf, der mal mehr mal weniger organisierten Jugendlichen am Wielandplatz, ging weiter. So tauchten im August von einem anonymen Kollektiv gedruckte Flyer auf, die zum explizit zum Musikhören, Lachen und Nicht-herumschubsen-lernen aufriefen. Ja, es wurde sogar dazu aufgerufen Widerstand gegen die Aufforderungen der Polizei zu leisten und sich das „Recht“ auf den Wielandplatz zu nehmen. Mit sinkenden Temperaturen und dem nahenden Herbst wird sich der Konflikt am Wielandplatz, ähnlich wie in den letzten Jahren, wieder etwas entschärfen. Übrig bleibt jedoch der Widerspruch zwischen der von der staatlichen Gewalt verteidigten Tourismusindustrie und den unterschiedlichen Jugendlichen und Erwachsenen, die in der Stadt, in der sie wohnen, leben wollen – und dafür auch bereit sind zu kämpfen! •



JAGD AUF AUSLÄNDER IN CHEMNITZ – DER STAAT UND SEINE FASCHISTEN

Ende August waren die Zeitungen voll mit der „Schande von Chemnitz“. Mittlerweile haben die Medien wieder viele andere Themen für sich entdeckt, aber vom Innenminister, über unzählige Journalisten bis hin zur Bundeskanzlerin hat sich so gut wie jeder zu dem Thema zu Wort gemeldet und sich – in den meisten Fällen – hektisch distanziert. Was war passiert?

In der Nacht vom 25. auf den 26. August wurde der 35-jährige Tischler Daniel H. in Chemnitz erstochen. Die vermuteten Täter, ein Iraker und ein Syrer, wurden noch im Laufe der Nacht gestellt (seit dem 19. September ist der Iraker wieder auf freiem Fuß, da kein dringender Tatverdacht besteht). Aber es dauerte nur einige Stunden bis Faschisten, über soziale Medien und auf anderen Wegen, versuchten die Tötung für ihre spalterische Hetze zu instrumentalisieren. Tags darauf versammeln sich hunderte Hooligans, Rocker und andere Lumpen, aber auch „ganz normale Leute“ auf den Straßen von Chemnitz. Nicht weit vom Karl Marx Monument treffen sie sich, einige holen die ersten Bier- und Schnapsflaschen heraus. Es werden Passanten angepöbelt, einige zeigen Hitlergrüße, andere rufen „Ein toter Kanake, für jeden toten Deutschen“. Vorbeilaufende Ausländer oder Leute die nicht „deutsch genug“ aussehen werden aus dem Mob heraus attackiert und durch die Stadt gejagt. Die Polizei ist mäßig interessiert an diesen Vorgängen. Auf hunderte Rechte kommen ein paar dutzend Polizisten und die haben eher wenig Lust Hitlergrüße und Ausländerjagd zu unterbinden. Als einige Antifaschisten vor Ort auftauchen ändert sich die Motivation der Beamten schlagartig. Plötzlich gilt es „Beide Lager zu trennen“ und „Gewalt zu verhindern“. Beherzt wird nun zum Schlagstock und Pfefferspray gegriffen. Schließlich geht es jetzt gegen Linke. Wir merken uns also: Hunderte Faschisten können unter

Polizeischutz Ausländer jagen, Antifaschisten, die sie daran hindern wollen werden hingegen von der Polizei bekämpft und drangsaliert.

Auch wenn es offensichtlich ist, der Ermordete interessiert die angeblich trauernden Faschisten kein Stück. Für sie ist er nur ein Mittel zum Zweck. Sie haben nichts mit diesem Arbeiter, der im übrigen Halb-Kubaner war, gemeinsam. Ein Freund von Daniel bringt es in einem Interview auf den Punkt: „Mit diesen Rechten, die das als Plattform nutzen, mussten wir uns früher prügeln, weil wir denen nicht deutsch genug aussahen“. Was die Faschisten und mit ihnen einige bürgerliche Medien versuchen ist den Mord an ihm zu benutzen um die Arbeiterklasse zu spalten. Wir sollen nicht unsere tatsächlichen Feinde, die Ausbeuter und Unterdrücker, sehen. Sondern uns soll weis gemacht werden, die Frage „Deutscher oder Ausländer“ wäre die Entscheidende. Dabei haben die Arbeiter aller Nationalitäten ein gemeinsames Interesse an Befreiung, weil sie alle ausgebeutet werden und ein deutscher Arbeiter bspw. hat nichts mit seinem deutschen Chef gemeinsam. Das wissen die Herrschenden und versuchen Ängste und imperialistischen Chauvinismus in den Massen zu schüren, weil sie nichts mehr fürchten als eine vereinte Arbeiterklasse, die ihrem Lotterleben ein für alle mal ein Ende macht.

Aber es gibt mehr zu analysieren als das, weil der bürgerliche Staat bzw. Teile der herrschenden Klasse in diesem Land sehr stark in den Aufbau der faschistischen Bewegung in der BRD verstrickt sind. Diese Verbindung des Staates mit den Faschisten zeigt sich in den letzten Monaten an vielen Stellen. Natürlich gibt es die allgemeinen historischen Fakten. Die unzähligen Altnazis, welche unter Hitler grausamste Verbrechen begangen hatten und nach dem zweiten Weltkrieg in hohen Positionen bei der Polizei, den Streitkräften und den Geheimdiensten Westdeutschlands gelandet sind. Die riesigen Geldmittel, die von Bonzen in faschistische Parteien und Kameradschaften gepumpt wurden. Und die immer wiederkehrenden Fälle von organisierten Faschisten in den Reihen von Polizei, Armee, Justiz und Geheimdiensten.



Hier nimmt der Verfassungsschutz eine besondere Rolle ein. Er hat die faschistische Parteien wie die NPD, rechte militante Netzwerke wie Combat 18 oder Blood & Honour und verschiedene Kameradschaften mit aufgebaut bzw. immer wieder mit Geld, Waffen und Informationen unterstützt. Besonders die unzähligen Widersprüche und Ungereimtheiten im Rahmen des NSU-Prozesses dürften hier vielen noch in Erinnerung geblieben sein. Und obwohl der Verfassungsschutz in so gut wie jeder Kameradschaft V-Männer angeworben oder Spitzel eingeschleust hat, kommt es zu so gut wie keinen Verhaftungen oder Konsequenzen für faschistische Gewalttäter. Gelegentlich wird eine Organisation verboten, die vielleicht etwas zu weit gegangen ist, aber das Ganze hat mehr symbolischen Charakter.

In letzter Zeit häufen sich allerdings die Fälle, die öffentlich werden, mehr als noch in den vergangenen Jahren. Da sind die Bullen, die einer PEGIDA-Demonstration per Lautsprecher alles Gute wünschen und Nazisticker und -aufnäher auf ihrer Ausrüstung tragen. Journalisten, die attackiert werden und sich hilfeschend an die Polizei wenden, woraufhin der Einsatzleiter sie darauf hin weist, dass er sie nur schützt, weil er eine Uniform trägt und es richtig findet, dass sie angegriffen werden. Da ist die AfD, die der frühere Verfassungsschutzchef Maaßen beraten haben soll, damit die Partei einer Beobachtung durch seine Behörde entgehen kann. Und ja das ist der gleiche Typ, der versucht hat die Vorgänge in Chemnitz herunter zu spielen und wegen seiner wirren Aussagen, jetzt nicht suspendiert sondern einfach versetzt wurde. Da ist der PEGIDA-Demonstrant, der ZDF-Journalisten anpöbelt. Kurz darauf stellt sich heraus, es handelt sich um einen LKA-Mitarbeiter mit Zugriff auf das Ausländerregister. Und so geht es die ganze Zeit immer weiter.

Und auch wenn wir schauen wie sich die Situation in Chemnitz weiterentwickelt hat stellen wir fest, da haben nicht nur die Bullen rechte Hooligans gewähren lassen. Da sind auch Politiker, die seit Jahren die faschistische Mobilisierung klein reden. Da ist die Veröffentlichung des Haftbefehls gegen die Mörder von Daniel, welcher durch einen Dresdener Justizvollzugsmitarbeiter weitergeleitet wurde. Entsprechend wurden Täter, Zeugen und anderweitig beteiligte mit vollem Namen im Internet veröffentlicht, um sie unter Druck zu setzen. Da

sind faschistische Parteien und Kameradschaften die dieses Bild tausendfach im Netz teilen und die Gewalt im Chemnitz als „Selbstverteidigung“ darstellen. Und da ist wieder der Verfassungsschutz, der von all dem angeblich nichts geahnt hat. Das alles ist kein Zufall. Der Staat braucht die Faschisten, um die Arbeiterklasse zu spalten und ergänzende konterrevolutionäre Truppen parat zu haben. Aber er versucht sie in seinem Sinne unter Kontrolle zu behalten.

Die Polizisten, die in Chemnitz die Faschisten schützen – aber auch im Allgemeinen – haben eine Entscheidung getroffen. Die Entscheidung dieses System mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Das heißt sie dienen der Diktatur der Bourgeoisie und wollen das System erhalten in dem diese kleine Minderheit die Mehrheit der Menschen ausbeutet und unterdrückt. Sie können und werden uns nicht helfen im Kampf gegen die Faschisten, denn sie und die Faschisten stehen beide auf der Seite der Bourgeoisie – also gegen die Arbeiterklasse und ihre Befreiung. Gerade während der Proteste am Wochenende nach dem Mord an Daniel haben bürgerliche Parteien und Initiativen versucht den entschlossenen Kampf der Antifaschisten in Chemnitz zu denunzieren. Sie haben als Teil des Staates ihren Beitrag geleistet indem sie in „gute“ und „schlechte“ Demonstranten spalten und sich damit auf die falsche Seite der Barrikade gestellt. Für die proletarischen Revolutionäre gibt es hier keine Grauzonen. Es gibt nicht alle, die „irgendwie links“ sind. Es gibt die entschlossenen Antifaschisten, die bereit sind dem faschistischen Terror ein für alle mal ein Ende zu bereiten und es gibt diejenigen, die sich mit dem alten Staat und seinen Faschisten versöhnen wollen. Hier müssen wir einen klaren Trennungsstrich ziehen und den Faschisten eine klassenbewusste, antifaschistische Mobilisierung entgegen setzen. Das heißt, dass wir uns nicht von den bürgerlichen Parteien und Initiativen blenden lassen dürfen, die sich einen linken Anstrich geben. In Worten stehen sie gegen Faschismus, in Taten verhindern sie einen effektiven antifaschistischen Kampf. Sie wollen genau dieses System – den Imperialismus – erhalten, welches den Faschismus überhaupt erst hervor bringt. Es gibt nur einen Weg dem Faschismus ein für allemal ein Ende zu bereiten und das ist eine vereinigte Arbeiterklasse, die unter Führung der Kommunistischen Partei dieses System zerschlägt. •

ALLEINERZIEHEND UND ALLEIN GELASSEN

Wir vom Roten Frauenkomitee Bremen freuen uns sehr, einen Artikel für die Rote Post schreiben zu können. Diese Gelegenheit möchten wir gerne nutzen, um über ein Thema zu schreiben, das viele Frauen überall betrifft. Wir leben in einem Land, in denen Alleinerziehende zur größten „Risikogruppe“ zählen in besonders großer Armut zu leben. Bremen ist dabei eine der Hochburgen. Jede dritte Familie besteht hier aus einem Elternteil und den Kindern. Es gibt immer wieder neue Artikel über die Situation der zumeist alleinerziehenden Mütter. Alle wissen um die miesen Zustände, in denen sich alleinerziehende Frauen jeden Tag wiederfinden. Es ist kein neues Thema sondern eins, was seit Jahren innerhalb der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Politik diskutiert wird. Es wird sich in Interviews und in Talkshows über dieses Thema ausgelassen, es werden Krisengespräche geführt, irgendwelche Hilfsmaßnahmen versprochen und beteuert, dass es dem bürgerlichen Staat und seinen Politikern darum gehe allen Menschen eine würdige Existenz zu sichern. Schließlich leben wir in einer angeblichen „sozialen Marktwirtschaft“, in der allen die Hilfe brauchen auch Hilfe gegeben wird.

Aber dass dies nicht der Fall ist, erleben wir jeden Tag aufs Neue. Der Lohn reicht kaum für die Miete,

geschweige denn dafür den Kühlschrank ordentlich zu füllen. Es ist keine Kohle für ein Auto da, aber ein Monatsticket kostet 65 Euro pro Person in Bremen. Das ist fast ein ganzer Tageslohn, wenn wir von den Ausbeutern mit dem Mindestlohn abgespeist werden. Wenn dann auch noch Kinder dazu kommen, eine eigentlich wundervolle Sache und im Proletariat auch völlig normal, fällt die Kalkulation mit dem Geld nochmal erheblich schlechter aus. Aber der bürgerliche Staat braucht den Nachwuchs und nimmt sich deshalb diesem Thema immer wieder an, um die aufgeregten Gemüter zu beschwichtigen. Es werden irgendwelche Prämien verteilt und wieder aufgehoben, Kampagnen organisiert und sich der Mund - z.B. in Talkshows - fusselig geredet. Es werden für alle Krippen- und Kitaplätze versprochen, die Kitaplätze sollen jetzt in manchen Bundesländern sogar kostenlos werden. Aber wo werden sie gebaut? In den Vierteln der Reichen oder in der Innenstadt. Da wo es völlig normal ist eine Putzkraft fürs Haus und ein Kindermädchen zu haben, damit man auch abends mal schick essen gehen kann. Anstatt sie dort zu bauen wo es am nötigsten ist - in unseren Vierteln, wie in Bremen - Gröpelingen, Hamburg - Billstedt, Köln - Kalk, Duisburg - Marxloh oder Berlin - Neukölln. So viel zur versprochenen Chancengleichheit. Wenn es keine ausreichenden Krippen und Kindergärten in unseren Vierteln gibt, bringen uns auch die Versprechen auf kostenlose oder „kostengünstige“ Kindergartenplätze nicht sonderlich viel.



Alleinerziehend

Dies können wir am ärmsten Bundesland - Bremen - bebildern. Dort sind 18.000 Menschen alleinerziehend. 94% davon sind Frauen. Also knapp 17.000 Frauen allein im Bundesland Bremen. 17.000 Frauen, die unter den miesesten Bedingungen versuchen müssen, ihre Familie durchzubringen. Die meisten von ihnen wohnen in Gröpelingen, Tenever und Blumenthal. Also ziemlich weit weg von den hochmodernen Kitas mit flexiblen Betreuungszeiten. Der Kampf um einen Betreuungsplatz gleicht auch in Bremen einem Wettbewerb. Das Kind muss zwar nicht schon auf die Warteliste gesetzt werden sobald man den positiven Schwangerschaftstest in der Hand hält, wie es in vielen anderen Städten (z.B. in Berlin) üblich ist, aber man muss sich bei sehr vielen Einrichtungen vorstellen und einen „guten“

Eindruck hinterlassen, damit man genommen wird. Außerdem gibt es häufig Plätze, die ausschließlich Betreuung für 8 Stunden anbieten. „Kostenlos“ sind aber nur die Stunden, die man nachweislich arbeitet. Also muss man oft mit einer 20-Stunden-Stelle 20 weitere Betreuungsstunden selbst bezahlen. Und Krippenplätze kosten nach wie vor ein Vermögen, obwohl es sich kaum jemand leisten kann drei Jahre nicht zu arbeiten.

Falls es dann mit dem Kitaplatz klappt heißt das noch lange nicht, dass die Betreuung auch im eigenen Viertel stattfindet. Anfahrtswege von 30 Minuten sind ziemlich normal. Wie die Eltern der Kinder damit klar kommen interessiert dann niemanden mehr. Es geht eben nicht darum die Familien zu entlasten. Es geht den Politikern darum sagen zu können „Seht ihr! Wir machen etwas für euch“. Das ist keine Hilfe. Das ist Heuchelei.

Wenn wir uns dann auch noch vorstellen, dass wir niemanden haben, mit dem wir uns diese Arbeit teilen können, sondern für alles allein verantwortlich sind haben wir eine Idee davon, wie es ist alleinerziehend zu sein und wie wenig sich der Staat dafür interessiert wie es den Frauen geht. Aber es geht noch weiter. So arbeiten die meisten alleinerziehenden Mütter in Teilzeit, das heißt sie haben nur einen Bruchteil von dem sowieso knappen Geld einer Arbeiterfamilie. Wenn dann auch noch der Unterhalt nicht gezahlt werden will oder kann, das Amt den Vorschuss nicht bewilligt und das Gerichtsverfahren sich in die Länge zieht wird es mehr als eng. Viele Frauen erzählen, dass sie zwar gerne mehr arbeiten gehen würden, aber es nicht können. Die Chance einen Vollzeitjob zu bekommen sind sehr gering, zu oft haben gerade junge alleinerziehende Frauen keine Berufsausbildung oder die Mütter haben sich zu lange Vollzeit um die Kinder gekümmert und können die Arbeitszeiten nicht mit den Betreuungszeiten der Kinder vereinbaren. Schon gar nicht wenn die Kinder in unterschiedliche Einrichtungen gehen, die alle etwas andere Zeiten haben. Aber wie soll das überhaupt mit dem 40-Stunden-Job klappen, wenn auch noch die ganze Hausarbeit gemacht werden muss und man vielleicht auch mal ein paar schöne Stunden mit den Kindern verbringen will?

Und so sollte es keinen wundern, wenn die Entscheidung gefällt wird lieber von der Stütze und

einem Halbtagsjob zu leben, denn anders kann man all die Aufgaben gar nicht erfüllen. Die Frau wird also immer in der ökonomischen Abhängigkeit zu anderen gehalten. In der Kleinfamilie vom Mann und als Alleinerziehende vom Staat und dem Unterhalt vom Vater, wenn dieser ihn auch zahlt. Ja, der bürgerliche Staat will Kinder. Aber die Arbeit, die dafür gemacht werden muss, soll bitteschön innerhalb der Familie bleiben. Das wird dem Staat sonst zu teuer. Deshalb finden sich alleinerziehende Mütter in den prekärsten Situationen wieder. Es ist kein Geld da um den Kühlschrank regelmäßig zu füllen. Viele erzählen, dass sie selbst auf Mahlzeiten verzichten, damit die Kinder genug haben. Wenn kein Geld für Essen da ist, ist auch kein Geld für eine ordentliche Wohnung da. Sie müssen mit ihren Kindern in heruntergekommen Häusern leben, schlafen im Wohnzimmer damit wenigstens die Kinder ein eigenes Zimmer haben, weil die Wohnung viel zu klein und eine größere unbezahlbar ist. Das ganze Leben dreht sich darum irgendwie noch das Beste für die Familie rauszuholen und das unter den schwierigsten Bedingungen. Die Politiker behaupten, kein Geld zu haben, können aber Unsummen in die Aufrüstung der Polizei, die Bundeswehr oder den Bau von irgendwelchen Bürokomplexen und Flughäfen pumpen. Die Politiker behaupten, dass ihnen die Familien am Herzen liegen, dass sie die prekären Situationen in denen sich die Frauen mit ihren Kindern befinden für untragbar halten aber Unterstützung, die den Familien auch wirklich hilft stellen sie nicht. Wir Frauen sollen nicht unabhängig werden, wir sollen zuhause bleiben und unbezahlt all die Arbeit erledigen, die es benötigt um alle anderen arbeitsfähig zu erhalten. Wenn wir arbeiten gehen, kriegen wir beschissene Löhne und verrichten die Drecksarbeit. Aber was können wir gegen all das tun? Wir müssen uns zusammenschließen, uns unterstützen und uns gegen diese Unterdrückung wehren! Wir müssen Schluss machen mit all dem Leid, denn damit dürfen wir uns nicht abfinden! Wenn ihr alleinerziehend seid und Ideen habt wie wir etwas tun können oder auch einfach von eurer Lage erzählen wollt, dann schreibt eine Email an rotes.frauenkomitee.bremen@gmail.com oder sucht einen Kontakt in eurer Nähe auf rotesfrauenkomitee.wordpress.com. Wir freuen uns darauf mit euch zusammen darüber zu beraten was wir tun können, um unsere Situation als Frauen zu verbessern und auf unsere Situation aufmerksam zu machen. •

GEBT UNS GENOSSE ERNESTO SERNAS LEBENDIG!

Am 10. Mai wurde Dr. Ernesto Sernas García – Anwalt und Professor an der Autonomen Universität Benito Juárez in Oaxaca (Mexiko) – verschwunden gelassen. Diese Praxis ist in Mexiko traurige und alltägliche Realität. Unliebsame Personen, Journalisten, Arbeiter und Studenten verschwinden einfach. Diese Art von Terror gegen das Volk wird regelmäßig gegen demokratische Aktivisten, aufrechte Verteidiger des Volkes und insbesondere Revolutionäre überall in Lateinamerika, aber besonders in Mexiko eingesetzt. Auch Jahre später gibt es häufig keine Hinweise auf ihren Verbleib und wenn doch etwas gefunden wird sind es meistens nur noch ihre sterblichen Überreste. In der Regel stecken der Staat oder die Drogenkartelle oder beide in Verbindung hinter solchen Aktionen. Auch Ernesto Sernas García wurde mitgenommen, in dem Versuch ihn zum Schweigen zu bringen und alle gleichgesinnten, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte einzuschüchtern. Sie alle sollen fürchten, dass sie das gleiche Schicksal ereilt.

Dazu muss gesagt werden, dass es eine Sache ist, in einer Metropole einige hundert Arbeiter zu einer Demonstration in ihrem Viertel zu mobilisieren. Etwas anderes ist es einige hundert Bauern von ihren Feldern in eine Stadt zu mobilisieren. Denn das bedeutet nicht nur in einem weit gestreuten Gebiet zu mobilisieren, sondern für die Bauern auch, dass sie an diesem Tag nicht auf den Feldern arbeiten können, was ihren Ertrag schmälern kann. Das zeigt wie gut die Genossen ihre Arbeit entwickeln. Die besagten 22 Aktivisten der Strömung Rote Sonne wurden in einem Schauprozess wegen Terrorismusdelikten und dem Besitz von Sprengstoffen, deren Gebrauch der Armee vorbehalten ist, angeklagt. Dr. Sernas wurde zu einem Zeitpunkt verschwunden gelassen, der dem alten Staat nicht besser passen könnte. Er war auf dem Weg zu beweisen, dass der ganze Prozess, die Anschuldigungen, die Denunziationen und „Beweise“ eine billige Inszenierung der Herrschenden waren. Er sollte verschwinden, weil er fest an der Seite des mexikanischen Volkes steht und mit ganzem Herzen dem Volke dient.



Doch warum hat es ausgerechnet ihn getroffen? Der Genosse arbeitete als Verteidiger für 22 Aktivisten der „Strömung Rote Sonne“. Die Strömung Rote Sonne ist eine revolutionäre Organisation, die vielfältige Aktivitäten in Mexiko, insbesondere in Oaxaca, entfaltet und sich im Rahmen ihrer Arbeit eng mit den tiefsten Schichten des Proletariats, den armen Bauern und den Indigenen, verbindet. Ihre enge Verbindung mit den armen Bauern zeigte sich unter anderem am 8. Juni 2017. An diesem Tag mobilisierten sie zahlreiche Bauern zu einer Demonstration in Oaxaca.

Dies ist keine Seltenheit in den unterdrückten Nationen und besonders in Mexiko. Der alte mexikanische Staat ist bekannt für seine Brutalität in der Unterdrückung des Volkes. Korruption ist an der Tagesordnung und die Politiker füllen sich die Taschen mit dem Drogengeld der Kartelle. Die Verbindung der Politiker mit den Drogenbanden und den Paramilitärs zeigte sich beispielhaft im Jahr 2014. Bei Protesten wurden mehrere Menschen ermordet. Im Bundesstaat Guerrero, westlich von Oaxaca, wurden 43 Studenten, die an den Protesten teilgenommen hatten, von der Polizei verschleppt. Bis heute sind sie nicht wieder aufgetaucht. Wie während der Proteste bekannt wurde, ist der Bürgermeister der die Polizeiaktion befahl, durch seine Frau familiär mit den Drogenkartellen verbandelt. Aber so niederträchtig die Aktion des alten mexikanischen Staates auch war, so gewaltig war auch der Widerstand des Volkes den sie hervorbrachte. Im ganzen Land wurden Regierungsgebäude angegriffen und zum Teil in Brand gesteckt. Die in den nächsten Monaten folgenden Proteste wurden wieder brutal angegriffen und das Volk kämpfte mit Steinen, Knüppeln, Molotowcocktails und brennenden Autoreifen gegen die militärisch hochgerüsteten Bullen. Diese griffen

wiederholt Demonstrationen mit scharfer Munition an und ermordeten mindestens zehn Menschen. Bis heute kehrt keine Ruhe in Mexiko ein. Es herrscht eine revolutionäre Situation im Land. Das heißt die Herrschenden können nicht mehr so herrschen wie bisher und die Massen wollen nicht weiter in dieser Situation leben. Diese harte Realität bringt aber auch ein geschärftes Bewusstsein in den Massen hervor. Während wir in der BRD immer wieder die Frage „Gewalt oder Nicht-Gewalt“, das heißt die Frage des bewaffneten Kampfes diskutieren müssen, stellt sich diese in Mexiko so nicht. Selbst um die einfachsten Formen revolutionärer Arbeit in Mexiko zu entwickeln, ist es notwendig sich verteidigen zu können. Ohne Waffen Politik machen geht dort nicht. So ist es in allen unterdrückten Nationen und letztendlich in der ganzen Welt.

Und Gründe zur Rebellion und zum Kampf gibt es neben dem brutalen Staat genug. Denn während eine handvoll reicher Säcke das Land an die Imperialisten verkauft schufteten die landlosen Bauern bei den Großgrundbesitzern und die Arbeiter in den Fabriken der ausländischen Imperialisten und bleiben arm. Wer sich dagegen wehrt oder nur versucht die Wahrheit ans Licht zu bringen oder eine Gewerkschaft gründet, die wirklich für die Arbeiter kämpft, wird unterdrückt. Aus diesen Gründen stehen viele Kräfte gegen den alten mexikanischen Staat, aber unter ihnen stechen die Genossen der „Strömung Rote Sonne“ als die Entschlossensten hervor. Doch auch die Reaktion hat dies erkannt. Deswegen sitzen zahlreiche ihrer Genossen im Gefängnis oder wurden, wie Genossin Meztlí Sarabia Reyna, von Paramilitärs erschossen. Der Genosse, der jetzt „verschwunden“ ist, ist der, der immer mit den Genossen stand und

sie unter den härtesten Bedingungen verteidigt hat. Was Ernesto Sernas García repräsentiert ist die Essenz des Kampfes der armen Bauern und Arbeiter Mexikos, obwohl er Anwalt und Intellektueller ist. Die Verteidigung von Genosse Ernesto Sernas García ist die Verteidigung der mexikanischen Revolution. Nicht die Verteidigung einer bürgerlichen Revolution, die auf halbem Weg aufhört, nicht die Verteidigung des irgendeines sozialdemokratischen Unsinns, der zu nichts weiter führt als etwas teurerem Kaffeeexport. Sondern es ist die Verteidigung der armen Bauern Mexikos und des mexikanischen Proletariats. Es ist die Verteidigung der neudemokratischen Revolution in Mexiko, die den Großgrundbesitz enteignen und die Industrie nationalisieren wird. Es ist die Verteidigung einer Revolution, die tatsächlich alle Überreste des Feudalismus und Kolonialismus zerschlagen wird.

Seit dem 30. August – ein Tag, der als „Tag der Verschwundenen“ bekannt ist – entfaltet sich nun eine internationale Kampagne, die den Revolutionär lebend fordert. Auf der ganzen Welt wird sich solidarisiert – und kraftvolle Aktionen werden ausgeführt. Es wurden bereits z.B. in Brasilien, Schweden und mehreren Städten der BRD einige Solidaritätsaktionen für den Genossen durchgeführt. Verfolgt die Aktivitäten unter #DrSernasPresentaciónConVida in sozialen Netzwerken oder auf demvolkedienen.org oder folgt dem Aufruf der Genossen der Strömung Rote Sonne und unterstützt die Kampagne mit Graffitis, Plakaten, mit individuellen oder kollektiven Fotos, mit unterstützenden Videos, mit Veranstaltungen, politisch-kulturellen Aktivitäten, Mobilisierungen und demonstrativen Aktionen in verschiedenen Formen. •



Kundgebung in Hamburg

„AMTLICHE HELDEN“ - PROPAGANDA FÜR DAS JOBCENTER

Dass der deutsche Staat auf allen Ebenen Propaganda treibt, ist kein Geheimnis. Egal ob die Bundeswehrkampagne für mehrere Millionen Euro, sogenannte Influencer, die sich mit der Bundeskanzlerin treffen oder klassisch die Zeitung der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Bundesagentur für Arbeit probiert etwas Neues und hat bei dem Entwicklerstudio „Mad About Pandas“ eine App in Auftrag gegeben. Unter dem Namen „Amtliche Helden“ findet sich nun eine kostenlose Wirtschaftssimulation für iOS- und Android-Geräte im Appstore. Wir nehmen unser Fazit mal vorweg: Unfreiwillig ehrlich wird hier der zynische Alltag des Jobcenters gezeigt. Mit dem Haken, dass das Spiel versucht genau dafür Werbung zu machen.

Aber was macht man überhaupt in dem Spiel? Wird sind der Geschäftsführer der Agentur für Arbeit in dem beschaulichen Dorf Possemuckel. Der Bürgermeister dreht durch wegen der Arbeitslosenquote, die bei 60 Prozent liegt und wir sind seine letzte Hoffnung. So weit das Szenario. Unser Ziel als Spieler, wir sollen die Arbeitslosenquote senken. Zuerst stellen wir einen Mitarbeiter an der Rezeption ein, der in Zukunft die „Kunden“ (Jobcenter Slang für Arbeitslose) an die Jobvermittler weiterreicht. So einen Jobvermittler stellen wir gleich als nächstes ein. Noch haben wir zu wenig Geld für eine qualifizierte Kraft und stellen deswegen einen Quereinsteiger ein, der keine große Ahnung hat wohin er die „Kunden“ vermitteln soll. Das Spiel rät uns, uns an dem vorherigen Job des „Kunden“ zu orientieren. Aber natürlich können wir nur in die Jobs vermitteln die der Arbeitsmarkt gerade hergibt. So weit so realistisch.

Je bessere Jobvermittler wir anstellen bzw. je besser wir sie skillen (trainieren) desto mehr können sie die Fähigkeiten der „Kunden“ wie Empathie, Kreativität oder Intellekt einschätzen. Entsprechend können wir die „Kunden“ prinzipiell in passendere Jobs vermitteln. Die haben bei der Jobwahl nichts zu entscheiden, sondern können höchstens mit einem Smiley ihre Meinung über die Jobvermittlung zum Ausdruck bringen. Hier wird vermittelt das Schlimmste was den „Kunden“ passieren könnte ist dass sie ein bisschen genervt sind. Eigentlich wäre aber die Jobvermittlung eine „Win-Win-Situation“. Die einen brauchen Arbeit und wir beschaffen ihnen welche.

Prima, oder? Die Arbeitslosen bekommen dabei so kreative Namen wie „Ole 'Immer Ohne Arbeit' Maiskopf“. Dies wurde allerdings mittlerweile durch ein Update geändert, weil selbst die Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit eingestehen musste, dass das ein bisschen diskriminierend ist.

Natürlich können wir unser Jobcenter ausbauen. Allerdings dient dies nie den „Kunden“, sondern ausschließlich den Mitarbeitern. Bauen wir die Kaffeeküche aus sind die Mitarbeiter schneller wieder fit um „Kunden“ abzufertigen. W-Lan im Warteraum sorgt dafür, „dass deine Kunden auch bereit sind zu stehen“ und nicht so schnell entnervt wieder nach Hause gehen wenn die Wartezeiten lang werden. Man kann seine Mitarbeiter auch im Umgang mit Suchtkranken und Gewaltopfern schulen. Aus einem einfachen Grund, um die Vermittlungsquote zu steigern. Doch was uns beim spielen im ersten Moment zynisch vorkommt, entspricht sehr genau der tatsächlichen Praxis in Jobcentern. Die Kunden sind nicht viel mehr als eine Ansammlung von mathematischen Unbekannten. So wird aus einem ehemaligen Priester ein Imam, ein Bildhauer landet im Steinbruch oder ein Vulkanologe wird zum Stuntman. Was völlig absurd klingt, ist in der Realität nicht unüblich. Gemäß §37 des Sozialgesetzbuches III wird beim ersten Termin bei der Arbeitsagentur eine „Potenzialanalyse“ durchgeführt. Hier werden Kenntnisse und Fertigkeiten erfasst. Das heißt, es wird ein digitales Profil von den „Kunden“ angelegt. Dieses wird auf ähnliche Variablen reduziert wie die virtuellen „Kunden“ in Amtliche Helden. Das Profil beeinflusst, welche Jobs in der Jobbörse gefunden und von den Arbeitsvermittlern „angeboten“ werden.

Man könnte natürlich sagen, „Hey, das Spiel ist umsonst. Mittelmäßiges Gamedesign und ein Setting, das den Alltag beschönigend darstellt, was soll's?“ Aber dieses Spiel soll insbesondere junge Menschen davon überzeugen, sich als Mitarbeiter bei der Behörde zu bewerben. Und das Spiel vermittelt natürlich auch eine Sicht auf die Welt, Arbeitslose und die Arbeit eines „Jobvermittlers“. Wir wollen das Spiel schließlich „gewinnen“ und das einzige was uns interessiert ist die Quote. Dass es sich hier um Menschen mit eigenen Wünschen und Bedürfnissen handelt, vergisst man beim Spielen schnell. Auch

dass die Realität viel komplizierter - und vor allem brutaler - ist, wird ausgeblendet.

Denn in der Realität stellen sich Fragen wie, welchen Job kann man einem Arbeitssuchenden zumuten? Die Antwort, wenn man nicht studiert hat, so gut wie alles. Alleine im vergangenen Jahr wurden 85.000 Arbeitslose in Leiharbeit weiter vermittelt, ein Großteil der Arbeitslosen war nach wenigen Monaten wieder beim Jobcenter. Nun allerdings nicht mehr um Arbeitslosengeld I zu beziehen, sondern zum Bezug von Hartz IV. Was noch strenger reglementiert wird. Die Arbeitsvermittler entscheiden, ob Umschulungen und Kurse bewilligt werden, welche die Arbeitssuchenden tatsächlich weiterbringen oder ob man immer wieder an sinnlosen Bewerbungstrainings teilnehmen muss. Sie entscheiden über Sanktionen bis hin zur vollständigen Streichung des Geldes. Wie man dann an das Geld zum Überleben kommt muss man selber schauen. Die rechtliche Grundlage hierfür ist die „Eingliederungsvereinbarung“. Wer diese unterschreibt stimmt bspw. zu im Monat eine bestimmte Menge Bewerbungen zu schreiben. Verpasst man dann mal einen Termin, schlägt ein Arbeitsangebot aus oder schreibt nicht genug Bewerbungen bekommt man Sanktionen reingedrückt. Hier ist es wichtig im Kopf zu behalten: Man muss die Eingliederungsvereinbarung nicht unterschreiben! Denn die Eingliederungsvereinbarung hat vor Gericht die selbe Gültigkeit wie ein Vertrag. Und damit ein Vertrag gültig sein kann, muss er von beiden Seiten freiwillig unterschrieben worden sein. Dazu ist man also nicht verpflichtet, egal wie oft die Sachbearbeiter das wahrheitswidrig behaupten! Dann kann das Jobcenter allerdings einen sogenannten „Verwaltungsakt“ erlassen, der im Prinzip das Gleiche wie eine EGV ist – aber nur begrenzt Maßnahmen und Verpflichtungen vom „Kunden“ verlangen kann. Bei der EGV – so wird argumentiert – gebe es ja immerhin „Mitbestimmungsrecht“, aber jeder, der schon mal so ein Ding gesehen hat, weiß, dass das absoluter Schwachsinn ist. Aber genau so etwas, die Leute verarschen, damit sie noch jede Arbeit annehmen, ist der Job von den „Jobvermittlern“. Im Kern entscheiden die Arbeitsvermittler ganz konkret über das Schicksal von Menschen. Ob sie und ihre Familien weiter eine Wohnung haben, ob sie sich den Taschenrechner für ihre Tochter leisten können. Sie entscheiden ob Arbeitslose einen Job machen müssen in dem sie höchstwahrscheinlich nach einigen

Wochen bis Monaten wieder beim Amt stehen.

Allerdings liegt es nicht einfach an der Nettigkeit oder Gemeinheit der Jobvermittler. Hinter der Schikane und dem Psychoterror beim Jobcenter steckt System. Es gibt Quoten wie viele Sanktionen durchgeführt werden sollen, vermittelt dahin was der „Arbeitsmarkt hergibt“. Persönliche Wünsche oder Qualifikation sind scheißegal. Hauptsache Arbeit lautet die Devise der Jobcenter. Wer sich gegen dieses System wehrt wird gefeuert oder rausgemobbt. Besonders prominent war hier der Fall der Jobcentermitarbeiterin Inge Hannemann, welche im Jahr 2013 gefeuert wurde und ein Hausverbot in der Filiale des Jobcenters erhielt, in dem sie vorher tätig war. Allerdings ist dies die absolute Minderheit der Sachbearbeiter. Die meisten die lange im Job aktiv bleiben haben in ihrem Pflichtbewusstsein als deutsche Beamte (egal ob vereidigt oder nicht) kein Problem damit Arbeitslose zu schikanieren und ihnen das Leben schwer zu machen. Es gilt das alte deutsche Prinzip: „Nach oben buckeln, nach unten treten.“

Doch wenn man sich die Kommentare im Appstore anschaut wird schnell klar: Der Plan der Bundesagentur für Arbeit wird nicht aufgehen. Dort heißt es beispielsweise: *„Ich finde das Spiel ist der Realität sehr nah. Keine Zeit für die einzelnen Kunden. Hauptsache irgendwas in die Hand drücken damit die Statistik gut aussieht und das wars. Hauptsache irgendwie vermittelt.“*

„Willkommen in der modernen Sklaverei Willkommen in Deutschland :)“

„Passt zum Thema. Stumpfes Abratzen der Kunden, Vermittlung orientiert sich meistens nicht am Kunden, sondern an der Rendite. Undurchsichtiges Weiterbildungsangebot (Für Vermittler... nicht für Arbeitslose) und GANZ oft Kaffeepause, muss ja auch mal.“

Also, lasst euch nicht verarschen, nicht von der Propagandamaschine des Staates noch von den Sachbearbeitern im Jobcenter. Wenn wir als Klasse vereint sind, können wir dieses System und mit ihm Hartz IV, die Jobcenterschikane und die Arbeitslosigkeit abschaffen. Aber dafür müssen wir uns organisieren und gemeinsam kämpfen! •



DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

